

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine
(nach Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt KSnigstadt, Nr. 4720.

Nr. 69.

Berlin, Mittwoch, 28. August 1912.

Sechszehnjähriger Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Kommunalprogramm der Deutschen Gewerkvereine. — Tarifüberdruck. — Allgemeine Kundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Briefkasten. — Anzeigen.

Kommunalprogramm der Deutschen Gewerkvereine.

Der Verbandstag von 1910 hat dem Zentralrat den Auftrag erteilt, den Versuch zu machen, ein Kommunalprogramm aufzustellen. Dieser Aufgabe hat sich der Zentralrat auch unterzogen. Aber schon beim Sammeln des Materials zeigte sich, daß es unmöglich ist, ein alle Gemeindeglieder umfassendes Programm zu machen. Die Verantwortlichkeit der Landesgewerke allein bildet ein starkes Hindernis. Dazu kommt auch die Rücksicht auf die Finanzkraft der einzelnen Gemeinden und endlich der Umstand, daß die Gewerkvereine für sich kein besonderes Programm aufstellen können, sondern zusammen mit den freibeitlich nationalgeleiteten Bürgern ohne Unterschied der sozialen Stellung für den Fortschritt auf kommunalen Gebiete eintreten müssen. So ist unser Programm aufzufassen. Es soll Fingerzeige und Anregungen geben und wird deshalb im Laufe der praktischen Arbeit noch mancherlei Ergänzungen erfahren müssen.

Nach eingehender Prüfung durch eine besondere Kommission hat sich der Zentralrat schließlich auf folgende Fassung geeinigt:

Die Deutschen Gewerkvereine stehen auf freibeitlich-nationalem Boden. Hiervon ausgehend erstreben sie im Rahmen der bestehenden Rechts- und Verfassungsordnung die Interessen der Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der Inermündigen in dem Maße zu fördern, wie es die Gesetzgebungen und begrenzten Kräfte der Gemeinde erlauben lassen.

I. Bei den Wahlen für die Landesparlamente ist darauf zu achten, daß durch Staatsgesetz die Rechte der Gemeindeglieder erweitert werden, insbesondere durch Einführung eines der Minoritäten schützenden geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts für die Gemeindevorstellungen (Proporzionalwahl), größere Sicherung der Selbstverwaltung durch Veranziehung aller Schichten der Bevölkerung, Befreiung I. des Grundbesitzprivilegs, 2. des Ausschusses der Frauen, 3. der Befähigung der Magistrats- und Deputationsmitglieder. Klare Regelung der Aufsichtsbefugnisse der Staatsbehörden. Aufhebung der Heimats- und Bürgerrechtsgebühren.

II. Bei der Wahl von Gemeindevertretern (Stadtverordneten, Gemeinderäten, Gemeindebevollmächtigten, Bürgerausschussmitgliedern) ist darauf zu achten, daß neben selbständigen und unabhängigen Männern aus den verschiedenen Berufen auch Angestellte und Arbeiter, namentlich solche aus den Gewerkevereinen gewählt werden. Schon in den Vorbereitungen der Wähler müssen die Gewerkevereine darauf dringen, daß die Kandidaten nach diesen Gesichtspunkten ausgewählt werden.

III. Als Angehörige der untermündigen Klassen legen wir den größten Wert auf folgende Forderungen:

1. **Schul- und Bildungsfragen.** Das Schulwesen muß beratend gestaltet sein, das Neben förderliche und geistige Durchbildung, die dem Neben in die Möglichkeit höherer Ausbildung gegeben ist. Ziel des Strebens soll die Einheitschule sein. Die Schulaufsicht soll eine sachmännliche sein. Die Schulaufsicht soll ein höheres Schulwesen und unbenutzten begabten Schülern und Schülerinnen der Weg zur höheren Ausbildung freigemacht werden. Gewährung von Stipendien an die Eltern solcher Schüler. Mindestens für die Kinder der Unbemittelten und in allen Schulen die Vermehrung und soweit erforderlich, auch das Schulfrühstück oder sonstige Speisen unentgeltlich zu liefern. Schulgeldfreiheit für alle Schulen, von deren Besuch eine gesetzliche Pflicht besteht. Die Volksschule soll achtklassig sein, wo die Gemeinde für die

Durchführung dieser Forderung zu klein ist, soll die Zahl der Klassenstufen nach Möglichkeit vermehrt werden. Die Klassen dürfen nicht überfüllt sein. Die Lehrkraft muß in der Lage sein, jeden Schüler zu beobachten und die Fähigkeit in jedem Sinne zur höchstmöglichen Entfaltung zu bringen. In den größeren Gemeinden sind Schulen für Schwachbegabte, Kindergärten und Kinderkorte zu errichten. Der Gesundheitszustand der Kinder ist schulärztlich zu überwachen. Mädchen sollen in den letzten beiden Schuljahren hauswirtschaftlich unterrichtet werden. In den Les- und Nebenbüchern sollen die Fragen des Gemeinde- und Staatswesens, wichtige volkswirtschaftliche Grundbegriffe sowie die soziale Versicherungsgegebung behandelt werden. Die Körperpflege ist durch Baden, Turnen, Sport und Spiel zu fördern. Der sich an die Volksschule anschließende Fortbildungsschulunterricht ist für Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Angestellte beiderlei Geschlechts durchzuführen. Für die am Schulorte vorwiegend in Betracht kommenden Berufe sind Nachschulen zu errichten. Dringend wünschenswert sind Einrichtungen für Schulfestlässe: Volksvorlesungen, Volkskonzerte, Volksvorstellungen in den Theatern, Zugänglichkeit der Museen an Sonntagen und abends, öffentliche Bibliotheken und Lesehallen.

2. **Wohlfahrtspflege.** Billige Tarife in Krankenhäusern, Genesungsheimen, Heilanstalten, Wälderin- und Volksbädern, Unentgeltliche Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten, Einrichtung von Spiel- und Erholungsplätzen und Promenaden, Verbilligung des Feststellungswezens, Unentgeltliche Verstattung, wenigstens Erhebung der Gebühren nach Maßgabe des Einkommens.

3. **Armen- und Waisenspflege.** Sorgfältige individuelle Behandlung der Armen. In der Armen- und Waisenspflege sollen Männer und Frauen ehrenamtlich tätig sein. Die beste Hilfe für die Armen liegt darin, ihnen zu helfen, selbst wieder zu verdienen. In der Waisenspflege hat die Gemeinde zu beobachten, daß sie die Elternhilfe wahrzunehmen hat. Besondere Fürsorge für alle Waisen- und Pflegekinder. Fürsorge für Erwerbsbeschränkte und für Wanderer.

4. **Verkehrsbedingungen.** Vorbedingung: gute Straßen und Wege mit ausreichender Beleuchtung, Kanalisation, Verkehrsmittel: Schnellbahnen, Straßenbahnen, Omnibusse. Wo es möglich ist, sollen diese Verkehrsmittel häußliches Eigentum sein und in eigener Verwaltung betrieben werden.

5. **Für die häußlichen Arbeiter und Angestellten:** mütterliche Arbeitsbedingungen, Arbeiter- und Beamtenauschüsse, freies Koalitionsrecht, angemessene Löhne und Arbeitszeiten, Befähigung der Affordbedingungen, Erholungsurlaub und Ruhegeld nach den Bestimmungen der Beamten-Pensionsgesetze. Nichtausbau für Arbeiter und andere Angestellte mit 3 und mehr Kindern. Anhebung eines Gemeinde- und Staatsarbeiterrechts, analog dem Staats- und Gemeindebeamtenrecht.

6. **Handwerker und Arbeiter.** In die Submissionsbedingungen ist die Vorschrift aufzunehmen, daß die von der Stadt beschäftigten Unternehmer, die zwischen den Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber vereinbarten Tariflöhne zahlen, falls der Tarif Gleichstellung aller Organisationen garantiert. Bei Vergebung häußlicher Arbeiten und Lieferungen sind das Handwerk und die ortsansässigen Gewerbetreibenden und Arbeiter in erster Linie zu berücksichtigen. Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise mit paritätischem Charakter unter kommunaler Verwaltung, damit die ärmeren Organisationen die Angehörigen der schwächeren Organisationen bei der Vermittlung nicht benachteiligen können.

7. **Wohnungswesen.** Erhaltung und Vermehrung des städtischen Grundbesitzes. Für das der Bebauung zu erhaltende Gelände Vorfrist einer Bauweise, die den Bau billiger Wohnungen fördert. Wohnungsinstitut mit Kontrolle des Schaffenswesens. Festsetzung des Kleinwohnungsbaues durch angemessene Vorschriften über Erbau-, Straßenbaubeträge, Steuernachlässe, Reichswohnungsgezet.

8. **Gemeindeeinnahmen.** Gerechte Steuerverteilung unter möglicher Schonung der Geringbemittelten. Die Landesgesetzgebung über die kommunalen Abgaben ist so zu gestalten, daß insbesondere in Gemeinden mit hohen Kommunalzuschlägen eine Abkürzung mit frei-

genden Sägen zugelassen und bezüglich der Realsteuern den Gemeinden eine größere Bewegungsfreiheit gewährt wird. Zugunsten der Gemeindefinanzen sind monopolistische Betriebe (Elettrizitäts-, Gas- und Wasserwerke) in die Gemeindeverwaltung zu übernehmen.

Wo bereits Gewerkevereinsmitglieder als Gemeindevertreter tätig sind, haben sie im Sinne dieser Forderungen zu wirken. Aber nicht genug damit! Bei allen Kommunalwahlen haben unsere Kollegen die Kandidaten um ihre Stellung zu unserem Programm zu befragen bzw. nach besten Kräften dafür einzutreten, daß nur Vertreter unserer Forderungen gewählt werden. Mögen unsere Bemühungen von gutem Erfolge auch auf diesem Gebiete begleitet sein!

Tarifüberdruck.

Von Dr. Ludwig Seyde, Solense.

In dem Gutachten, welches ich der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschaft im Auftrage der Gesellschaft für soziale Reform über die Verbreitung des Arbeiter- (L a u b s *) kürzlich erarbeitet habe, konnte in demjenigen Gewerbe, welches nach allgemeiner Ansicht die geregeltesten Arbeitsverhältnisse aufzuweisen hat, dem Buchdruckergewerbe, eine große Anzahl von Betrieben namhaft gemacht werden, die ihren Arbeitern regelmäßige Ferien alljährlich gewähren, und es steht fest, daß die Gesamtzahl dieser Betriebe, wiewohl die Urlaubsfrage nicht Gegenstand des Buchdruckerartikels ist, sich auf etwa ein Drittel aller deutschen Buchdruckereien beläuft. Es konnte ferner gesagt werden, daß sich geradezu lässlich diese Zahl noch weiter vermehrt und daß es zumal die großen Druckereien seien, in denen der Erholungsurlaub mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit werde.

Neht bald schon nach der Drucklegung jenes Gutachtens berichtete die Arbeiterpresse im Buchdruckergerwebe von der merkwürdigsten Erscheinung, daß das, was bisher nur äußerst selten gewesen war, die Entziehung bisher regelmäßig gewährten Urlaubs, sich im laufenden Jahre aufzulösen oft finde. Und diese Erscheinung wurde in Beziehung gesetzt zu der Lariereuerung von 1911. Bis dahin enthielt nämlich der Tarifvertrag der Buchdrucker die Bestimmung, daß bessere Arbeitsverhältnisse nicht nach dem Inkrafttreten des jeweils neuen Tarifvertrages rückgängig gemacht werden sollten. Der neue Tarifvertrag von 1911 brachte zum ersten Male diese Klausel in Wegfall, und wenn es auch sehr zweifelhaft ist, ob die „besseren Arbeitsverhältnisse“ auf einem Gebiete, das, wie die Ferienfrage, überhaupt nicht Gegenstand des Tarifvertrages gewesen ist, durch die frühere Klausel mitbetroffen wurden und dieser Begriff nicht vielmehr nur auf die geregelten Fragen der Löhne, Arbeitszeiten usw. Anwendung zu finden brauchte, so mag doch indirekt eine derartige Wirkung vorgelegen haben. Früher waren die einmal erreichten Arbeitsverhältnisse immer gewissermaßen unantastbar, und dieser lakonische Charakter derselben griff automatisch auch auf diejenigen Gebiete über, die sich der tariflichen Regelung noch entzogen hatten. Jeder Arbeitgeber scheute sich, den einmal erreichten Höhepunkt wieder zu verlassen, gleichviel ob er dazu halbwegs berechtigt war oder nicht. Nachdem nun aber die Klausel vom Fort-

*) Verlag von Dunder u. Humblot in München. Preis 3 Mf.

bestehen günstiger Arbeitsverhältnisse ausdrück- lich getriden vor, ging der Gedanke, Verschlechter- ungen seien nicht angängig, verloren, und eines derjenigen Gebiete, die mit am besten von dieser betrüblichen Wandelung betroffen werden, war gerade die bisher schon ganz auf Wohlwollen und Einsicht des Arbeitgebers gestellte Urlaubsfrage.

Aber es wäre verfehlt, diese Erscheinung ganz für sich zu betrachten und an ihr leicht vorüber- zugehen. Vielmehr kommt ihr eine gewisse grundsätzliche Bedeutung zu. Diese liegt darin, daß ein guter Tarifvertrag, der zahlreiche Fragen regelt, dann, wenn er einen gewissen Umfang erreicht hat, dazu führt, daß nicht nur alles, was er an Mindestleistungen des Arbeitgebers fest- setzt, leicht zur tatsächlichen Höchstgrenze dessen wird, was gewährt wird, sondern auch daß auf den in ihm nicht einbezogenen Gebieten die Unlust, freiwillig etwas zu leisten, außerordentlich rasch um sich greift. Alles was an sozialpolitischer Reaktion im Verge des Arbeitgebers schlummert, das konzentriert sich ganz von selbst auf diejenigen Gebiete, die in die tarifliche Regelung nicht ein- geschlossen sind, und sucht dort sich dafür zu entschä- digen, daß auf den der Vereinbarung unterzogenen Gebieten mehr oder weniger weitgehende Zugeständnisse gemacht werden mußten. Daß es im Buchdruckergewerbe jetzt zumeist nicht etwa die Kon- kurrenz unter den Druckereien ist, die zu solchen Schritten führt, geht wohl am klarsten daraus her- vor, daß es gerade die großen Betriebe sind, die jetzt in größerer Zahl die Ferienentziehung vor- nehmen, während man die Notlage im Gewerbe vorwiegend bei den kleinen Druckereien zu suchen hat, denen in der Tat der letzte Tarif, trotz des all- gemeinen gehobenen Preisniveaus, einige Schwierigkeiten bereiten mag. Wenn der Schein nicht irrt, so handelte es sich bei den dies- jährigen Ferienentziehungen um eine wohlüber- legte Taktik, durch die gezeigt werden soll, daß man zu weiteren Zugeständnissen bei der nächsten Tarif- erneuerung keinesfalls bereit ist und daß die Grenze des Entgegenkommens mit dem letzten friedlichen Zustandekommen des geltenden Ver- trages so weit bereits erreicht ist, daß jede frei- willige Mehrleistung jetzt als ausgeschlossen gelten mußte.

Jene Tarifunlust also, die schon während und bald nach den letzten großen Tarifverhandlun- gen in manchem kriegerischen Worte ihren Ausdruck fand, zeigt sich auch im Vorwege der Buchdruck- leister, die jetzt ihren Arbeitern die Erholungs- möglichkeit genommen haben. Und diese Entzie- hung ist zeitlich und sachlich zusammen nur den vielen Anordnungen, denen das Tarifwesen im Hinblick auf die großen politischen Kämpfe des vorigen und des laufenden Jahres ausgesetzt ge- wesen ist. Wie oft hat in dieser Zeit die Arbeit- geberpresse und die den Unternehmerinteressen holde politische Tagespresse auf die Erfolglosigkeit des sozialreformerischen Strebens nach einem auf kollektivvertraglichen Basis ruhenden sozialen Frieden hingewiesen! Seit Jahren waren diese Stimmen nicht so kräftig erkallt als jetzt. Aber freilich, wenn man alle diese Kreise fragt, was sie denn gegenüber dem auch von den Sozialreformern und den Arbeiterorganisationen nicht loslichthin als Allheilmittel gepriesenen Tarifverträgen und der ihre Voraussetzung bildenden Koalitions- freiheit Besseres zu bieten haben. — Dann hört man von jener Seite doch fast immer nichts anderes als ein vernehmliches Schweigen. Oder aber es werden die gelben Gewerkschaften als die Retter aus den Nöten des sozialen Kampfes gepriesen, — jene Auch-Organisationen, die ihre ganze Existenz nur dem Gegensaße zu den ernsthaft für Arbeiter- interessen kämpfenden Arbeitergruppen verdanken. Und wenn ein Arbeitgebervertreter den Stein der Weisen gefunden zu haben glaubt, dann preist er den „Wert der Persönlichkeit“ und leitet aus ihm mehr oder weniger offenerberzig die Notwendigkeit zum individualen Vertrag des Arbeitgebers mit „seinen“ Arbeitern ohne Vermittlung der Organi- sationen ab. Darin pflegt sich das zu erschöpfen, was von jener Seite als Erlaß für die durch Jahr- zehnte bewährte Tarifpolitik vorge schlagen wird. Die Arbeiterschaft hat keinen Anlaß, auf solche Stimmen zu hören. Der Tarifvertrag mag manche Bürokratisierungstendenzen in sich tragen, vorerst aber gibt es keinen Erlaß für ihn. Und wenn sich zeigt, daß ein guter Tarif doch noch die Gefahr in sich birgt, daß alle Kluden, die er läßt, dann schleunigst zum Arbeitgeberturn dazu ausgenutzt werden, um in unsozialer Gesinnung möglichst viele Verschlech- terungen der früheren Arbeitsverhältnisse durch sie einzuführen, so soll das den Arbeitern nur eine Mahnung sein, in Zukunft auf diejenigen Gebiete in die tarifliche Regelung einzubeziehen, die bisher noch ungerregelt waren, und so den Uebergang vom

Individualvertrag zu einem wirklich alle Fragen des Arbeitsverhältnisses umfassenden Kollektivver- trage so sehr zu vervollständigen, daß die Arbeiter nirgends mehr auf bloße Wohlthatigkeit sozial ge- sinnter Arbeitgeber angewiesen sind.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 27. August 1912.

Die Zentralratsitzung am letzten Freitag wurde eingeleitet mit einem Bericht des Kollegen Klein über seine Reise nach Oberhausen. So- dann fand die Wahl eines Verbandssekretärs für die Vertretung der Unfallverletzten und Invaliden vor dem Reichsversicherungsamt statt. Es hatten sich im ganzen 22 Kollegen aus allen Teilen des Reiches gemeldet, deren Namen sämtlich dem Zen- tralrat mitgeteilt wurden. In die engere Wahl wurden vier Bewerber gestellt. Der erste Wahl- gang ergab für keinen die absolute Mehrheit. Aus der Stichwahl zwischen dem Kollegen Friedrich Grüling-Banne und Otto Rothhoff-Düsseldorf ging letzterer als Sieger hervor.

Der Gewählte ist seit dem Jahre 1902 Mit- glied des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter und 39 Jahre alt. Die Kollegen in Düsseldorf haben ihm ihr Vertrauen dadurch zu erkennen gegeben, daß sie ihn in mehrere Vor- standsposten wählten. Zuletzt war Rothhoff Sekre- tar des Ausbreitungsverbandes für Rheinland und Westfalen. Die Vertretung von Metallarbeitern vor dem Gewerbegericht und dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung hat Kollege Rothhoff ver- dientlich schon mit Erfolg durchgeführt, so daß erwartet werden darf, daß er auch seinen neuen zu verantwortungsvollen Posten gut ausfüllt. Seine Stellung tritt er erst am 1. Oktober an, weshalb vorläufig alle Verbindungsarbeiten noch an die Adresse des Kollegen Franz Keutecht, Ber- lin N. O., Greifswalderstr. 22/23, zu richten sind.

Die Bewerbungsverfahren der übrigen Kol- legen, denen hiermit für ihre Bemühungen bestens gedankt sei, sind damit erledigt.

An die Ortsverbände hat sich mit einem Rund- schreiben unser Gewerksverein der Deut- schen Fabrik- und Handarbeiter ge- wandt, um sie zu energischer Agitation und vor allen Dingen zur Neugründung von Ortsvereinen anzuwachen. Dem Rundschreiben sind zwei vordende Flugblätter beigegeben, die bei richtiger Verwendung ihren Zweck nicht verfehlen werden. Die Zeit zur Agitation ist gerade jetzt die denk- bar günstigste. Deshalb kann der Schritt des Ge- neralrats der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter nur mit Freuden begrüßt werden. Er kann aber keinen Erfolg haben, wenn die Ortsverbände sich nicht an die Arbeit machen und den geäußerten Wünschen Rechnung tragen. Ungelernte Arbeiter gibt es überall in Stille und Fülle. Die sich bis jetzt noch keiner Organisation angeschlossen haben. Sie in erster Reihe müssen gewonnen werden, und wenn jeder seine Schuldigkeit tut, dann werden die Bemühungen auch nicht ohne Erfolg sein. Der Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter in Burg, Franzosenstr. 47, ist selbstverständ- lich gern bereit, den Ortsverbänden mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und ihnen das nötige Ma- terial, insbesondere Flugblätter, zur Verfügung zu stellen. Auch die bei stattgefundenen Neugrün- dungen entstandenen Kosten werden natürlich ohne weiteres zurückzuerstattet. Nun gilt es, an die Werbe- arbeit zu gehen. Soffentlich findet das Rund- schreiben bei allen Ortsverbänden die wohlverdiente Beachtung!

Von umfangreichen Arbeiterentlassungen auf der kaiserlichen Werft in Kiel ist in diesen Tagen in den Zeitungen viel die Rede gewesen. Es wurde berichtet, daß dieser Betrieb, weil ihm nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt worden seien, 1000 Arbeiter zu entlassen gezwungen sei. Nachträglich hat die Preßnotiz eine gewisse Bestä- tigung durch die kaiserliche Werft selbst erfahren. Allerdings wird die Angelegenheit in einem etwas anderen Lichte dargestellt. Es wird nämlich be- hauptet, daß in letzter Zeit infolge dringender Ar- beiten die Arbeiterzahl eine außerordentliche Höhe erreicht habe. Jetzt seien normale Verhältnisse ein- getreten, so daß auch die Arbeiterschaft wieder auf den gewöhnlichen Stand herabgemindert werden müsse. Die Werft gewähre aber den Arbeitern, welche wegen Arbeitsmangels zur Entlassung kom- men, eine sechsmonatige Kündigungssfrist und sehe sich mit den Werken von Wilhelmshaven und Dan- zig wegen Uebernahme der freierwerbenden Arbeiter ins Einvernehmen. Man wird in nächster Zeit Näheres über diese Vorgänge erfahren. Jedenfalls

aber scheinen die Kieler Arbeitern nicht gerade rosigere Aussichten zu winken.

Arbeiterbewegung. Die Differenzen auf den Brennaborwerken in Brandenburg sind beigelegt. Die Verhandlungen zwischen der Firma Reichstein und der Kommission der Arbeiter haben zu Vereinbarungen geführt, welche für die Zukunft solche Vorkommnisse, die jetzt den Konflikt veranlaßt haben, unwahrscheinlich machen. Am Mon- tag ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. — In den Buchdruckmaschinenfabriken Ber- lins befinden sich seit einiger Zeit die Arbeiter in einer Lohnbewegung. Ihre Hauptforderungen sind die Mäßigung der Arbeitszeit, die Festlegung von Minimallohnen und eine allgemeine Lohnzulage von 3 Pfa. pro Stunde. Da die Arbeitgeber die Forderungen ablehnt haben, beabsichtigen die Ar- beiter fast einstimmig in den Streik zu treten. — In Bremen beabsichtigen die Tabak- arbeiter, deren soziale Lage durch die herrschenden Teuerungsverhältnisse noch eine wei- tere Verschlechterung erfahren hat, an die Fabri- kanten mit der Forderung einer 10proz. Lohn- erhöhung heranzutreten. — Wegen fortgeschrit- terter Aufregung von Vertrauensleuten haben in Witterteich (Pfalz) die in den Tafel- und Spiegelglasfabriken beschäftigten Ar- beiter die Arbeit eingestellt.

In den großen Warmorbrüchen von Carrara in Oberitalien sind sämtliche 9000 Ar- beiter wegen Differenzen, die in den Pensionsver- hältnissen ihre Ursache haben, in den Streik ge- treten. — Obgleich in Santos (Brasilien) ein Teil der Dockarbeiter die Arbeit wieder auf- genommen hat, droht der Arbeitgeberverband alle Streikenden zu entlassen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Juli hatte nach dem „Reichsarbeitsblatt“ ebenfalls kein einheitliches Gepräge und wies verschiedentlich Zeichen der Abschwächung auf. Nach den Berichten aus der Industrie hat sich die Beschäftigung in zahlreichen Gewerben auf dem günstigen Stande der Vormonate gehalten, obgleich des Hochsommers wegen einzelne Industrien weniger als im Juni be- schäftigt waren.

Auf dem Ruhrkohlenmarke zeigte sich im allgemeinen keine Abschwächung, nur die Nach- frage nach Koks wird als unzureichend bezeichnet. Aus Ober-Sachsen lauten die Berichte im wesentlichen günstig, desgleichen aus Nieder- sachsen, wo das Geschäft besser als im Juni war. Ebenso war die Beschäftigung in der Nie- derlausitz besser als im Vormonat. Im Mit- teldeutschen Braunkohlenbergbau ist dagegen eine wesentliche Besserung in der Be- schäftigung der Werke zumeist nicht eingetreten. Die Lage der Kobleisenerzeugung war nach Berichten aus West- und Mitteldeutschland wiederum gut; ebenso hatten die Kupfer- und Weisingwerke im allgemeinen gut zu tun. Die Beschäftigung im Kaliberbergbau war der Jahreszeit entsprechend befriedigend. Die Eisen- gießereien, Stahl- und Walzwerke hatten nach zahlreich vorliegenden Berichten recht gut zu tun. Auch im allgemeinen Maschinen- bau wird die Lage überwiegend als zufriedenstel- lend bezeichnet. Aus der elektrischen und chemischen Industrie lauten die Mitteilun- gen gleichfalls recht günstig. Die Lage der Baumwollspinnereien scheint sich im Juli in verschiedenen Gebieten verschlechtert zu haben, während in der Industrie der Ge- schäftsgang als befriedigend bezeichnet wird, ob- gleich einige Berichte eine Abschwächung gegen den Vormonat feststellen. In der Damen- und Kindermantelkonfektion war der Ge- schäftsgang schleppend, in der Herren- und Knabenkonfektion zumeist gut. Die Mit- teilungen aus dem Wagewerbe gehen wieder sehr auseinander, erscheinen aber überwiegend un- günstig. In Berlin hielt der schlechte Geschäftsgang an, auch in Halle, Kiel, Kassel und Nürnberg war die Beschäftigung sehr schwach. Günstig lauten die Mitteilungen aus Königsberg, Magdeburg, Chemnitz, Leipzig und Mannheim.

Nach den Berichten der Krankenkas- sen hat der Beschäftigungsgrad im Juli eine ge- ringe Abnahme gegenüber dem Vormonat erfahren. Es ergab sich am 1. August eine Abnahme der ver- sicherungspflichtigen Mitglieder, abzüglich der er- werbsunfähig krank gemeldeten, von insgesamt 4181. Doch zeigt sich in Wirklichkeit nur bei den weiblichen Mitgliedern eine Abnahme, bei den männlichen noch eine kleine Zunahme (+ 9966 männliche, — 14 147 weibliche Mitglieder). Im Vormonat verminderte sich der Mitgliederbestand um 24 000. Im entsprechenden Monat des Vor-

jahres hat er sich um 30 937 vermindert. Gegenüber dem Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Bestand am 1. Januar 1912 gleich 100 setzt, beim männlichen Geschlecht auf 107, beim weiblichen Geschlecht auf 101 gestiegen; im gleichen Monat des Vorjahres betrug er 108 bzw. 100.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Monat Juli berichten 49 Fachverbände mit 2 120 088 Mitgliedern; von diesen waren am Ende des Monats 1,8 v. H. arbeitslos. Ende Juni betrug die Arbeitslosigkeit 1,7 v. H. und Ende Juli 1911 1,6 v. H.; es ist also gegenüber dem Vormonat sowie gegenüber dem Vorjahr eine kleine Verdrickterung eingetreten.

Die Arbeitsnachweisziffern würden dem Vormonat gegenüber auf eine Verminderung des Andranges von Arbeitstüchtigen schließen lassen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für die vergleichbare Angaben vorliegen, kamen im Juli 1912 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Berufen 140 Arbeitstüchtige gegen 141 im gleichen Monat des Vorjahres und 146 im Vormonate. Bei den weiblichen Berufen sind die entsprechenden Ziffern auf 97, 89 und 101 berechnet. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Groß-Berlin hat sich gegenüber dem Vormonat verbessert. Die Gesamtzahl auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein, Samburg und Lüneburg wird als günstig und etwas lebhafter als im Vergleichsmonate des Vorjahres bezeichnet, dies trifft auch gegenüber dem Juni zu. In Westfalen wird die Lage im allgemeinen als normal geschildert. In Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck ist die Beschäftigung in der Metallindustrie unverändert gut, in der Porzellanindustrie hat sich die Lage weiter gebessert, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie wird sie im allgemeinen als befriedigend bezeichnet. Aus Bayern und Württemberg klingen die Berichte im allgemeinen recht günstig, wenn auch in Württemberg die Zahl der Stellensuche stark gestiegen ist. In Baden war nach den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise an verschiedenen Plätzen immer noch keine besondere Belebung der Bautätigkeit festzustellen.

Die Vermittlung für landwirtschaftliche und industrielle Wanderarbeiter hat gegen den Vormonat etwas zugenommen und sich gegenüber dem Vorjahr ungefähr auf denselben Stande erhalten. Hauptächlich wurden russische und galizische Polen sowie Ruthenen vermittelt.

Die Einnahme aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betrug im Juli 164 176 603 Mk., d. i. 9 562 164 Mk. mehr als im Vormonat und 14 876 731 Mk. mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Dies bedeutete gegen das Vorjahr eine Mehrerinnahme von 245 Mk. oder 8,61 v. H. auf 1 Kilometer.

Im reinen Warenverkehr des Spezialhandels, der die Einfuhr und Ausfuhr in den und aus dem freien Verkehr, sowie zur und nach der Veredelung auf inländische Rechnung umfaßt, hatte im Monat Juni die Einfuhr in das Deutsche Reich nach den vorläufigen Feststellungen einen Wert von 883 516 Mill. Mk., die Ausfuhr einen Wert von 706 279 Mill. Mk. gegen 765 003 Mill. Mk. und 670 479 Mill. Mk. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Ein neues gelbes Gebilde hat in Berlin das Licht der Welt erblickt. In der Gasmesser- und Automatenfabrik von S. Elster ist ein sogenannter Werkverein gegründet worden, wobei der Chef der Firma, der Betriebsleiter und der Generalsekretär der Unternehmerorganisation Geburtshilfe geleistet haben. Wir würden von diesem Vorgang gar nicht Notiz genommen haben, wenn nicht der „Bund“, das Organ der Gelben, daran einige lächerliche Betrachtungen knüpfte. Wie wir aus diesem edlen Blatte erleben, hat die Gründungsversammlung im Restaurant unjeres Verbandsbauhauses stattgefunden. Darin erblickt der „Bund“ ein „äußeres Merkmal für die Tatsache, daß die Kirch-Dunklerischen von der Vertretung ihrer Ideen der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit immer mehr abgewichen und ins Schlepptau der Genossen geraten sind, während die Werkvereine die Vertretung der ewig-wahren Ideen der Interessenharmonie übernommen haben und den ihren Ideen untreu gewordenen Gewerkvereinen tagtäglich mehr Boden abgraben.“

Die Schlussfolgerungen des „Bund“ erscheinen uns recht lähn, und wir müssen gestehen, daß wir ihm in seinem Gedankenspiele nicht zu folgen vermögen. Was uns aber daran freut, das ist die Geselligkeit, mit der man uns auf seiner Seite denkt. Würde man uns freundlicher behandeln, so müßten wir befürchten, auf dem unrechten Wege zu sein. Andererseits aber können wir uns auch

freuen, daß die Gelben die Restaurationsräume in unserm Verbandsbauwerk aufgesucht haben. Vielleicht geschieht dies auch in Zukunft. Dann wäre wenigstens die Möglichkeit gegeben, jene verführten Elemente durch vernünftige Lektüre, wie man sie in reichem Maße im Verbandsrestaurant findet, von ihrer Gelbsucht zu befreien.

Bestrafter Terrorismus. In einer Gerichtsverhandlung, die Ende voriger Woche in Nürnberg stattfand, hatten sich 30 Mitglieder des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes zu verantworten. Sie waren mit drei christlichen Bauhandwerkern beschäftigt gewesen und hatten sich vergeblich bemüht, letztere zum Uebertritt in den „freien“ Verband zu bewegen. Sie traten deshalb in den Streik und erklärten, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die drei christlichen Arbeiter entlassen werden. Wie in vielen solchen Fällen gab die Firma wegen dringender Arbeiten nach und warf die drei Christlichen aufs Pflaster, die 10 Tage ohne Arbeit blieben. Gegen die Verbändler wurde Anklage erhoben, und das Schöffengericht verurteilte sie wegen Vergehens gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung zu je einem Tage Gefängnis.

Es ist gut, daß das Gericht die Strafe so niedrig bemessen hat, wenn wir auch den von den Verbändlern geübten Terrorismus auf das allerhöchste verurteilen. Offenlich jedoch verfehlt auch dieser Dutzettel seine Wirkung nicht! Die „Genossen“ sollten doch endlich aufhören, in dieser brutalen Weise Andersdenkende zu vergewaltigen, damit sie nicht fortwährend Wasser auf die Mühlen der Schamharnbecken leiten. Außerdem aber zeigt auch das Urteil, daß schon jetzt das Gefes Sandhaben bietet, den Terrorismus zu bestrafen. Tagelohnsprüche sind nicht das niedrige Strafmaß, denn wenn das Gericht nur auf einen Tag erkannt hat, so haben vielleicht besondere Umstände dabei mitgewirkt. Die Möglichkeit war jedenfalls vorhanden, eine Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten zu verhängen.

Die Anfechtung industrieller und ländlicher Arbeiter zu fördern, hat die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt eine sehr wichtige Entscheidung getroffen. Sie hat beschlossenen, Rentengüter für industrielle und ländliche Arbeiter bis 90 Proz. des Wertes zu beliehen unter bestimmten Bedingungen. Im Jahrbuch der Bodenreform werden die Gründe, die die Versicherungsanstalt hierzu bestimmt haben, und die neuen Bestimmungen näher auseinandergesetzt. Die erhöhte Beleihung soll dadurch ermöglicht werden, daß eine zweite Hypothek für die Rentengüter eingetragen wird, während bisher von der Versicherungsanstalt nur hypothekarierte Darlehen an erster Stelle, und zwar nur bis zu zwei Dritteln des Rentenwertes gegeben wurden. Da die Kesseltanten auf Rentengüter in der Regel nur eine Summe in Höhe von zehn Prozent des Wertes zur Abzahlung zur Hand haben und das Rentenbankdarlehen drei Viertel des Wertes beträgt, so sind um eine Beleihung bis 90 Proz. des Wertes durchzuführen, noch 15 Proz. des Wertes durch eine zweite Hypothek zu decken. Die Grundlätze für die Beleihung solcher Rentengüter sind von der Landesversicherungsanstalt nun dahin erweitert worden, daß die Hypothek, die von der Versicherungsanstalt gegeben wird, hinter eine Geldrententritt, die auf die Rentenbank eingetragen wird. Für den Geldwert der Hypothek, der drei Viertel des Wertes der Rentengüter übersteigt, wird die selbstschuldnerische Bürgschaft eines Kommunalverbandes gefordert, und gleichzeitig findet eine Erhöhung des Zinsfußes auf 3 1/2 Proz. statt.

Eine Gewerkvereinsbank in England. Die englischen Gewerkvereine haben in den letzten Monaten mehrfach Anlaß zur Unzufriedenheit mit ihren Banken gehabt. Es wurde die Erteilung von Vorhüssen auf Wertpapiere, die zur Auszahlung von Streikgeldern dienen sollten, besonders während des Grubenarbeiterstreiks, überall verweigert. Die Gewerkvereine waren infolgedessen gezwungen, sich an die Großenhandlungsgenossenschaft zu wenden, die eine Bankabteilung besitzt. Es ist nun der Vorschlag aufgetaucht, die Genossenschaft zur Bank aller Gewerkvereine zu machen. Der Durchführung dieses Planes haben sich jedoch große Hindernisse entgegengestellt. Man denkt deshalb daran, daß alle Trade-Unions eine Bankgenossenschaft gründen sollen, die die Verwaltung der Vermögens der Gewerkvereine zu beorgen hätte, sich auch als Privatbank betätigt, aber vor allem an Gewerkvereine zu niedrigen Zinsen Darlehen bei Streiks zu erteilen hat. Drei solcher Pläne werden gegenwärtig be-

raten. Die Kapitalien der großen Trade-Unions übersteigen zusammen die Summe von 100 Mill. Mark.

Freie Hochschule, Berlin. Das neue Programm bringt wieder eine Vermehrung der Vortragsreihen auf 120; neue Fächer sind aufgenommen, andere Gebiete weiter ausgebaut. Wissensstoffe, die dem praktischen Leben dienen, sind in gleicher Weise berücksichtigt wie solche, die in das Verständnis der geistigen Bewegungen unserer Zeit einführen sollen. Fragen der Weltanschauung, Philosophie, Erziehungslehre, die Gebiete der Kunst, Literatur, Sprachen, die Volkswirtschaft, Staats- und Rechtslehre, die Geschichte und Geographie finden ausgiebige Vertretung. Aber auch die für Wissenschaft und Praxis bedeutungsvollen Fächer der Naturwissenschaften, der Medizin, Mathematik und Technik sowie der kaufmännischen Wissenschaften sind in zahlreichen Vortragsreihen behandelt; auch so schätzenswerte Fächer wie Vortragskunst, Zeichnen, Schach, Stenographie fehlen nicht. Sehr viele Kurse werden durch Lichtbilder erläutert werden, andere finden durch Demonstrationen, Nebungen, Besichtigungen, Wanderungen eine dankenswerte Ergänzung. Die Kurse finden wie bisher in den Abendstunden von 7-10 Uhr statt und sind jedermann zugänglich. Im letzten Jahre haben über 18 000 Hörer an den Vorlesungen der Freien Hochschule teilgenommen, ein schönes Zeugnis für das rege Interesse der Bevölkerung Groß-Berlins an dem geistigen Leben der Zeit. — Programme und Hörerarten sind vom 20. September ab im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23 erhältlich. — Programme kostenlos. — Hörerarten für unsere Mitglieder mit 25 Prozent Ermäßigung.

Gewerkvereins-Zeil.

Striegau. Auf ein 25jähriges Bestehen kann in diesem Jahre unser Ortsverband zurückblicken. Die aus diesem Anlaß veranstaltete Feier wurde eingeleitet mit einer am 17. August einberufenen öffentlichen Gewerkvereinsversammlung, zu welcher als Vertreter des Zentralrats der Verbandssekretär Kollege Lewin erschienen war, der als Thema für seinen Vortrag „Die Deutschen Gewerkvereine im öffentlichen Leben“ gewählt hatte. Die Versammlung erfreute sich eines recht guten Besuches auch seitens der Frauen. Neben King aus von den Feierlichkeiten bei der Firma Krupp, deren Bedeutung sie in jeder Beziehung würdigte. Nur das Lob über die Wohlfahrtsrichtungen könne er nicht teilen, da diese in der Hauptsache im Interesse der Unternehmer selbst geschaffen werden, wie gerade die Entwicklung bei der Firma Krupp gezeigt habe. Solche Einrichtungen mögen angebracht gewesen sein in einer Zeit, da noch das patriarchalische System herrschte; jetzt bilden sie ein Hindernis für die freie Betätigung der Arbeiter zur Hebung ihrer sozialen Lage. Neben warf Johann einen kurzen Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten 50 Jahren, die gewaltige Fortschritte aufwies, aber doch auch manche Nachteile für den Arbeiter mit sich gebracht hat, die sich am besten in dem Begriff Gewaltverhältnis im Arbeitsvertrag zusammenfassen lassen. Dieses Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis umzuwandeln, ist die Aufgabe der Deutschen Gewerkvereine. Wir wollen also nicht eine Vorherrschaft, sondern die Gleichberechtigung aller und verlangen ein Mitbestimmungsrecht im Arbeitsverhältnis. Dadurch unterscheiden wir uns von den „freien“ oder sozialdemokratischen Gewerkschaften, die im Klassenkampf das Unternehmertum vernichten und dafür die Herrschaft des Proletariats errichten wollen. Unsere Stellung zum Unternehmertum ist keine grundsätzlich feindliche, sondern wir erkennen an, daß zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft gewisse gemeinsame Beziehungen bestehen, wie gute Handelsverträge, blühende Industrie, Ruhe und friedliche Verhältnisse im Gewerbe. Bestere werden vor allen Dingen ermöglicht durch langfristige Tarifverträge, die einzig und allein auf dem Wege der Verständigung erzielt werden können. Aber auch noch durch ein anderes Moment unterscheiden sich die Deutschen Gewerkvereine von den übrigen Organisationsrichtungen, nämlich durch ihre religiöse Neutralität und politische Unabhängigkeit. Wer alle Arbeiter zusammenfassen will zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen, der muß alle trennenden Momente aus ihrer Bewegung ausschließen. Deshalb ist in den Deutschen Gewerkvereinen jeder willkommen, der mitarbeiten will an der Emporhebung der materiellen und geistigen Lage der Arbeiter. Nur auf diesem Boden ist eine einheitliche Arbeiterbewegung denkbar, die ein den Unternehmerverbänden ebenbürtiges Gegengewicht hat. Wollen wir aber diese Neutralität durchführen, so muß sich unsere Organisation von religiösen wie parteipolitischen Dingen fern halten. Das bedeutet aber nicht, daß auch die Mitglieder außerhalb der Gewerkvereine untätig sein sollen. Sie müssen sich vielmehr, entsprechend den Beschlüssen des Verbandstages 1907, noch energischer als bisher in der Öffentlichkeit und namentlich am politischen Leben betätigen, schon um unsern wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen Geltung zu verschaffen, die politischen Parteien für sie zu interessieren und sie zu veranlassen, an den maßgebenden Stellen

für ihre Durchsetzung eingutreten. Die Entscheidung darüber fällt bald im Reichstag, bald in den Landtagen, bald in den Stadtparlamenten. Auf deren Zusammenkunft müssen die Gewerkevereinsmitglieder einen Einfluss auszuüben versuchen. Wo sie dies tun, müssen sie mit ihrer politischen Gesinnung in Einklang bringen. Die Gewerkevereine machen sich in dieser Beziehung keinerlei Vorbehalte. Bei Wahlen gibt weder der Gesamtverband, noch ein Gewerkeverein, weder ein Ortsverband, noch ein Ortsverein eine bestimmte Parole aus. Wenn es trotzdem geschieht, wird es von der Leitung entschieden gemißbilligt. Die einzige zulässige Parole, die ausgesprochen werden kann, ist: Unbedingt für den Gewerkeverein einzutreten, wo er aufgestellt wird. Tragen wir religiöse oder politische Dinge in die Organisation hinein, so führen wir nur die Einigkeit und den Zusammenhalt. Draußen aber, wie gesagt, sollen die Gewerkevereiner Gebrauch machen von ihren Staatsbürgerrechten und sozial Einfluß wie nur möglich zu gewinnen suchen. Sie sollen hineingehen in die politischen Organisationen, um auch das Bürgerrecht über Arbeiterfragen aufzuklären und in sozialer Sinne zu erziehen. Am besten wäre es, wenn es gelänge, möglichst viele Parteien für uns zu interessieren, wie es beispielsweise der Bund der Landwirte verstanden hat. Allerdings werden wir nicht überall auf Gegenliebe stoßen. Abgesehen davon, daß z. B. das Zentrum aus Rücksicht auf die christlichen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie aus Rücksicht auf die „freien“ Gewerkschaften kaum Reizung verspüren werden, für die Deutschen Gewerkevereine sich ins Zeug zu legen, kann auch der denkende Arbeiter auf keinen Fall eine Partei unterstützen, die unsere Organisation bei jeder Gelegenheit mit Beschimpfungen und Beleidigungen überhäuft, oder aber der Arbeiterschaft das tägliche Brot und die nötigsten Lebensgegenstände zu verteuern ihre Hand geboten hat. Deshalb sind unsern denkenden Mitgliedern bei der politischen Betätigung gewisse Grenzen gezogen, die aber von der Organisation nicht bestimmt werden. Nehner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Gewerkevereine nicht nur um die Erringung materieller Vorteile kämpfen, sondern daß ihnen auch hohe ideale Ziele vorzuwehen. Deshalb muß auch der Idealismus der Mitglieder gefördert und gepflegt werden. Wenn kann jeder einzelne auf seinem Posten seine Schuldigkeit tun, wenn jeder an der Aufführung der Kollegen mitarbeitet und die Inbitterten für uns zu gewinnen sucht, dann muß unsere Sache vorwärts gehen. Danach müge ein jeder handeln und nicht eher ruhen, bis es gelungen ist, den Deutschen Gewerkevereinen die ihnen gebührende Anerkennung und Stellung zu verschaffen.

An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine hochinteressante Diskussion, an der sich der Verbandssekretär Kollege Reuter, der

vom Bezirksrat der Eisenbahner in Jauer hierhergeleitet war, und Herr Lehrer Theißig-Breslau beteiligten. Sodann schloß der Ortsverbandsvorsitzende Kollege Spahn nach einem ansehnlichen Schwurwort des Referenten die Versammlung mit der Bitte, am nächsten Tag das eigentliche Stiftungsfest recht zahlreich zu besuchen. Dieser Wunsch ist nicht auf unfruchtbareren Boden gefallen, denn auch das Gartenfest nahm einen glänzenden und für die Entwicklung unserer Sache zweifellos förderlichen Verlauf.

Verbands-Zeitung

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G. V.). Die erste Sitzung nach der Sommerpause findet am Mittwoch, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr im Verbandsbureau statt. Gäste herzlich willkommen. — **Gewerkevereins-Liebertafel (G. V.).** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr, Liebungshunde 1. Verbandsbureau b. Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Sonnabend, 31. August. Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr, mit Damen im Nordwest-Palast, Alt-Moabit 55-56. Vortrag des Verbandssekretärs Koll. Klein: „Das Armenwesen der Stadt Berlin“. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr, mit Damen im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221-223. Vortrag der Maggi-Gesellschaft. — **Danach Langtränken. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung Stettinerstr. 60. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XI.** Abends 8 1/2 Uhr im Markthallen-Restaurant, Arminiusplatz. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abds. 8-10 Uhr, Zablabend bei Krull, Kuttbulerstr. 51. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr, Schönhauser-Allee 65. Gesellschaftliches. Vortrag des Kollegen Joseph: „Das Lohnbeschlagnahmegericht“. Werkstatangelegenheiten.

Orts- und Bezirksverbände.

Hase und Ungegend. Sonntag, 9. September Ortsverbandssitzung. Mittags 12 Uhr, Komarisch von Braunmanns Restaurant, Verbandsabend nach dem König Albert-Turm. Um 4 Uhr, Vortrag des Kollegen Reuter. Zahlreiche Beteiligung aus der umliegenden Ortsvereine erwünscht. — **Breslau (Ortsverband).** Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung im Burghaus, Kalkstr. 1, und 8. Donnerstag im Monat, Distriktsklubabend, pünktlich 8 1/2 Uhr abends. — **Leipzig (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42. — **Deffern. Gewerkevereins-Liebertafel** jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr, Liebungshunde 1. Vereinsklub, „Sagan“, Marktstr. — **Dahlemburg (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr, Sitzung im Verbandsbureau, Kurfürstenstr. 29. — **Erfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch

im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Erfeld, Luisenstr. und Erholungstr.-Gde. — **Frankfurt a. M. (Gewerkevereinsklub).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr, Liebungshunde im Vereinsklub, Richterstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Ortsverband-Vertreterversammlung im Verbandslokal von E. Simon, Alter Markt. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Sonntag, 1. September, nachm. 5 Uhr im Lokale von Simon, Alter Markt, Quartalsversammlung. Vortrag über die Reichsversicherungsordnung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. — **Haarlem b. Aachen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Sudewig. — **Halle a. S. (Ortsverband).** Der Distriktsabend findet jeden letzten Sonnabend im Monat im Paffage-Restaurant, in der Großen Brauhausstraße, statt. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Viehbof“, Bagerstraße 2, Distriktsabend. — **Hamburg (Gewerkevereins-Liebertafel).** Jeden Donnerstag, Liebungshunde, b. Ehmert in Altona, Elmblückerstr. 48-50. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Monatsversammlung der Jugendabteilung am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats, morg. 10 Uhr im Linden bei Herrn Steinmetz. — **Henne in Weßel (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat, vorm. 11 Uhr, Vertreterversammlung bei Witte, Bülh. Ruhe, Herne, gegenüber der evang. Kirche. — **Hersfeld. Distriktsabend** jeden 2. Mittwoch bei Hölple. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liebertafel).** Die Liebungshunde finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Mitzubehörende Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mühlheim-Nahe.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertreterversammlung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 38. — **Stettin (Sängerklub d. Gewerkevereine).** Die Liebungshunde finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmgebende Kollegen herzlich willkommen. — **Tegel (Distriktsklub bei Tegel, Vorkriegswald u. Reinholdsdorf).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Römer, Salpeterstraße 28, Ecke Schönebergstraße. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Wauerstr. 62. — **Weisenfeld a. S. (Jugendabteilung der Gewerkevereine).** Liebungshunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Stimmgebende Gewerkevereinskollegen herzlich willkommen. — **Weisenfeld (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat, Distriktsabend im Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Eintragsabend im Verbandslokal Rheintal.

Briefkasten.

H. A. in Coburg. Seien Dank für Ihre Zuschrift. Von ihrer Veröffentlichung muß aber abgesehen werden, da demselben Gedanken schon in Nr. 53 Ausdruck gegeben worden ist.

Anzeigen-Zeitung

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerkevereine
Gross-Berlin

Sonntag, d. 22. September 1912, abds. 6 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine Berlin NO 55, Greifswalder Str. 221 (grosser Saal)

Unterhaltungsabend

bestehend in
deklamatorischen, musikalischen und Gesangs-Vorträgen.

Im Anschlusse hieran gemütliches Beisammensein und Tanz

Eintrittskarten zu 80 Pf. inkl. Tanz sind in allen Bureaus und bei den Ortsvereinskassierern zu haben

Böttcherei,

vollständig eingerichtet, ist wegen Todesfalles sofort mit vollem Inventar und Wohnung zu übernehmen. Näheres durch die „Kasseler Zeitung“, Kafel, Provinz Posen.

Erfeld-Barmen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen finden Radlogis im Verbandslokal bei Roggenkämpfer, Erfeld, Erholungstraße 2. Dasselbst befindet sich auch die Rechtsanwaltskanzlei.

Leipzig-Weßel (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgesellschaft bei den Vereinskassierern. Für Abendrot und Radquartier haben dieselben im „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße 25-27, Gültigkeit.

Neusalz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. bei Ang. Reimers, Friedrichstraße 26.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Karten im Werte von 1 Mark bei R. Brunzel, Gartenstraße 1, Herberge und Verbandslokal zu den „Drei Kronen“, Inhaber Hoffmann.

Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufe erhalten Radquartier und Verpflegungskarten hierzu bei Albert Pieper, Braunsstr. 8 II r.

Breslau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeheim bei dem Ortsvereinskassierer bzw. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Heinke, Feinestr. 10.

Schramberg (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 70 Pfg. Unterbringung. Robert Engler, Schramberg, Uhländerstr. 18.

Breisburg i. Schl. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten das Ortsverbandsgesellschaft bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgezahlt. Falls der Ortsverein am Ort nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Ernst Erb, Sandbühnerstr. 35.

Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsgesellschaft im Betrage von 1 Mark bei den Ortsvereinskassierern, Angehörige von Berufen, die hier nicht vertreten sind, beim Kollegen Louis Laube, Seipzigerstr. 94.

Hersfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeheim von 1 Mark bei H. Brauer, Garbstr. 58.

Tirichan (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Unterbringung von 50 Pfg. bei den betreffenden Ortsvereinskassierern.

Oberhausen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterbringung im Bureau, Mühlheimerstraße 42.

Breslau (Ortsverband). Die Unterbringung an durchreisende Kollegen wird ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer Friedrich Munder, Sternstr. 58.

Schwepingen (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Radquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei J. Stäbler, Bahnhofstr. 18.

Im Buchverlag der „Hilfe“ erscheint im Oktober 1912 das

Taschenbuch

für die

Deutschen Gewerkevereine 1913.

Herausgegeben unter Redaktion des Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt vom Verband der Deutschen Gewerkevereine (H.-D.)

Inhalt: Kalendarium, Aufsätze hervorragender Mitarbeiter, Notizblätter. Im ganzen 112 Seiten im Umschlag. Gutes Papier, vornehmer Druck, beste Ausstattung.

Der Selbstkostenpreis für die Herstellung dieses Taschenbuchs beträgt 10 Pfg. pro Stück. Für den gleichen Preis wird das Taschenbuch auch an unsere Ortsvereine abgegeben; alle Unkosten an Porto tragen die Besteller. Das Geld ist portofrei an unsere Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu senden. Ausser dem Betrag von 10 Pfg. pro Stück für die ganze Stückzahl, also für 30 Stück 3 Mk., für 50 Stück 5 Mk., für 100 Stück 10 Mk., ist auf Postanweisung 5 Pfg. Abtragsgebühr mitzubehalten und das Porto für die Zusendung der Taschenbücher hinzuzufügen. Dieses Porto beträgt 25 Pfg. für Pakete von 18-90 Stück in der 1. Zone (10 Meilen Umkreis von Berlin), für alle übrigen Zonen 50 Pfg.

Um diese Nebenkosten mit zu decken, verkaufen die Ortsvereine das Stück mit 15 Pfg.

Bestellungen mit Einzahlung des Betrages sind schon jetzt an uns zu richten, damit die Auflage rechtzeitig festgesetzt werden kann.

Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine (H.-D.)

I. A.: Neuwelt, Verbandssekretär.
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.